

# INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

94/17

UNIVERSITÄTEN

## Soziale Wurzeln der Proteste

INTERVIEW

## Patricia Mwashingwele

KULTURTOURISMUS

## Bildende Kunst in Stellenbosch



# SADDOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

## **SADDOCC:**

- » Dokumentation und Bibliothek in A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1 (Öffnungszeiten: Dienstag 14.00-18.00)  
Tel. 01/505 44 84  
Fax 01/505 44 84-7  
URL: <http://www.sadocc.at>
- » das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- » monatliche Veranstaltungen „Forum Südliches Afrika“
- » Stadtpaziergänge „Afrikanisches Wien“
- » Projekt Jugendzentrum in Soweto

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADDOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten. Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-.

Abo- oder Mitgliedsbeitrags-Einzahlungen auf unser Konto bei der BA-CA, BLZ 12000, Konto 610 512 006, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW; Spenden erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, BLZ 60000, Kto-Nr. 93.009.960, IBAN AT706000000093009960, BIC BAWAATWW).

## **Mitarbeit bei SADDOCC**

Willkommen, wenn Sie sich für praktische Solidarität mit dem Südlichen Afrika interessieren!

### **SADDOCC-Aktionsgruppe Südafrika:**

Fundraising für Jugendzentrum in Soweto, Wanderausstellung Nelson Mandela/Mandela-Tag Juli 2017

Kontakt: [office@sadocc.at](mailto:office@sadocc.at)

### **Österreichische Namibia-Gesellschaft:**

Unterstützung der Musikschule in Tsumeb

Kontakt: [namibia@sadocc.at](mailto:namibia@sadocc.at)

### **Lesezirkel für afrikanische Literatur:**

Diskussion afrikanischer Literatur – vorwiegend von erzählerischen Texten von Autor/inn/en aus Subsahara-Afrika, egal in welcher Originalsprache verfaßt, von denen deutsche Übersetzungen greifbar sind.

Kontakt: [lotte.rieder@sadocc.at](mailto:lotte.rieder@sadocc.at)

## **Elfriede Pekny-Gesellschaft**

*Die Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADDOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADDOCC. Spenden können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.*

**Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000**

**IBAN AT21 1200 0507 8602 2463**

**BIC BKAUATWW**

**3** #FeesMustFall

Johnbosco Nwogbo von der Universität Fort Hare sieht die Studentenunruhen des letzten Jahres als Ausdruck von Südafrikas sozialpolitischer Krise

**Kurznachrichten** **8**



**11** Innenpolitik in Zambia

Interview mit der oppositionellen Parlamentsabgeordneten Patricia Mwashingwele

**Ithuba: Österreichisch-südafrikanische Lernerfahrungen** **15**

**Tanzania: Landrechte für Witwen** **18**

**20** Rupert Museum in Stellenbosch

Robyn-Leigh Cedras über eine bemerkenswerte Privatsammlung moderner südafrikanischer Kunst

**24** Zum Gedenken an René Lescoute

Walter Sauer und Bernhard Bouzek haben die kurze Lebensgeschichte des südafrikanischen Mauthausen-Opfers recherchiert

**Buchrezensionen** **26**

Impressum: **Herausgeber und Medieninhaber** (Verleger): Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). **E-Mail:** office@sadocc.at **URL:** http://www.sadocc.at. **Druck:** RemaPrint (1160 Wien). **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Redaktion:** Simon Loidl, Peter Prinesdom, Walter Sauer. **Layout:** Irmgard Stelzer. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Bernhard Bouzek, Robyn-Leigh Cedras, Matthias Forcher-Mayr, Marie-Christine Griffon, Jutta Kepplinger, Adalbert Krims, Kerstin Lahr, Simon Loidl, Sabine Mahlknecht, Kizito Makoye/ips, Johnbosco Nwogbo, Peter Prinesdom, Birgit Reiter, Walter Sauer, Markus Schönherr/KNA, Magdalena Waygand. **Fotos:** Archiv der Fakultät für protestantische Theologie Montpellier, Matthias Forcher-Mayr, gespag, Ingeborg Grau, Jutta Kepplinger, Kizito Makoye/IPS, Bernard Monteverdi, Rupert Museum Stellenbosch, SADOCC, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 10. Juni 2017. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW; Spenden erbeten auf Konto: BAWAG/PSK, IBAN AT70 6000 0000 9300 9960, BIC OPSKATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Shula Marks, London; Kirsten Rütter; Godwin Schuster.



# #FeesMustFall im Kontext

## Soziale Gerechtigkeit fehlt auch im heutigen Südafrika

*Die dramatischen studentischen Proteste von 2016 (INDABA 93/17) sind zwar weitgehend abgeflaut, mit einem Wiederaufflammen ist aber jederzeit zu rechnen. Die Hauptursache dafür sieht Johnbosco Nwogbo von der Universität Fort Hare in der anhaltenden sozialen und wirtschaftlichen Benachteiligung eines Großteils der schwarzen Studierenden und ihrer Familien. Nwogbo verfaßte den nachstehenden Beitrag exklusiv für INDABA.*

Es wäre ein Fehler, die Student/innen/Enproteste, die 2015 in Südafrika begannen und deren Hauptforderung es war, die Studiengebühren an den öffentlichen Universitäten abzuschaffen, als isolierte Vorkommnisse zu betrachten. Denn meiner Ansicht nach ist die Studierenden-Bewegung den Protesten gegen die Nichterbringung von lokalen Dienstleistungen, wie sie wöchentlich in den zahlreichen Slums dieser Nation wüten, nicht unähnlich. Die Leute rufen ihre Regierung um Hilfe an und sind frustriert darüber, daß nach all den Jahren des Kolonialismus und der Apartheid viele Verhältnisse, die aus dieser vergangenen Zeit stammen, noch immer lebendig sind. Die #FeesMustFall-Bewegung, als welche die Studierenden-Bewegung bekannt wurde, ist sehr leicht erklärbar, wenn man die momentanen sozioökonomischen Verhältnisse in Südafrika genauer betrachtet – mehr als 22 Jahre nach dem Ende der Apartheid und ihres Systems der willkürlichen Privilegien.

Obwohl es einige Fortschritte gibt, die das Leben der schwarzen Südafrikaner/innen seit dem Ende der Apartheid 1994 verbessern,

scheint sich nicht viel verändert zu haben. Armut ist unter Schwarzen weit verbreitet. Die Wohlstandsschere zwischen Weißen und Schwarzen hat sich keinen Millimeter geschlossen. Daten des *Research Project on Employment, Income Distribution and Inclusive Growth* der Universität von Kapstadt zeigen, daß nur 10% der Südafrikaner/innen mindestens 90-95% des Vermögens besitzen.

Die Einkommenskluft zwischen schwarzen und weißen Familien ist weiterhin erheblich: Die bestbezahlten

10% der Südafrikaner/innen (typischerweise weiße) verdienen fast 60% aller Einkommen. Der Zugang zu Bildung und Fähigkeiten verläuft entlang dieser Einkommensschere. Währenddessen hat sich der Zugang zu angemessenem Wohnraum, Sanitäranlagen und öffentlichen Verwaltungsprogrammen nur leicht verbessert. Regierungsdaten zeigen, daß ca. 13% der südafrikanischen Familien, hauptsächlich Schwarze und Coloureds, in informellen Behausungen leben.

Zusätzlich, so eine

neue Studie, gehören nur ca. 23% der Aktien,

die auf der Johannesburger Börse gehandelt werden, direkt oder indirekt schwarzen Menschen. Diese aber machen mehr als 80% der südafrikanischen Bevölkerung aus. Im Jahr 1994 waren 80% des Landes in den Händen von Weißen, die aber nur 8% der Bevölkerung ausmachten.

Schätzungen sagen, daß seither nicht mehr als ein Zehntel davon an schwarze Südafrikaner/innen übertragen wurde.

**Große soziale Ungleichheit**





# Wirtschaftsboom

Doch gerade der im kontinentalen Vergleich wirtschaftlich hochentwickelte Gastgeber hat Nachholbedarf: Schätzungen gehen davon aus, daß 2016 jeder zweite junge Südafrikaner/inn/en im arbeitsfähigen Alter keinen Job hatte. Oxfam rief die Regierung in Pretoria auf, nicht länger bloß über „radikale Wirtschaftsreformen“ zu sprechen. In Durban müsse sie konkrete Pläne auf den Tisch legen.

Doch die Investoren in Durban dürften schwer zu überzeugen sein: Regelmäßig gab es in Südafrika zuletzt Massenproteste und Rücktrittsforderungen gegen Zuma. Nach dessen Entlassung des beliebten Finanzministers Pravin Gordhan fiel die Landeswährung Rand im April drastisch ab. Zwei Rating-Agenturen stufen Südafrika auf Ramsch-Niveau herab. Für Südafrikaner/innen bedeutet dies unter anderem steigende Benzin- und Lebensmittelpreise.

Laut Oxfam sieht die Bilanz auf dem übrigen Kontinent kaum besser aus. In Äthiopien sprießen die Hochhäuser, in Nigeria fließt das Öl. Dennoch warteten die Massen weiter verzweifelt auf Arbeitsplätze und ein Leben abseits der Slums.

So lebten heute 50 Millionen mehr Afrikaner/innen in extremer Armut als noch 1990. In den kommenden 15 Jahren könnte diese Zahl um weitere 350 Millionen steigen. Dies liege vor allem daran, so Oxfam, daß der Kontinent in der Weltwirtschaft ein „benachteiligter Lieferant von billiger Arbeit, Mineralien, Öl und leicht zugänglichen Märkten“ bleibe.

Etliche Delegierte betonten, in puncto Armutsbekämpfung künftig stärker kooperieren zu wollen. „Afrika ist eine Ansammlung vieler Einzelstaaten. Wenn wir zusammenarbeiten, ist unser Potential riesig“, so eine Vertreterin aus Zimbabwe. Um dieses Potenzial in Entwicklung zu verwandeln, müßten internationale Partner mit ihrer Expertise helfen.

Auch Oxfam-Direktorin Byanyima forderte Afrikas Staatsoberhäupter zu einem Umdenken auf: „Wir sollten aufhören, die fehlerhaften Strategien Europas und der USA nachzuahmen“, meint die gebürtige Uganderin. „Der Kontinent braucht ein neues Wirtschaftsmodell, das für alle Afrikaner/innen funktioniert – und nicht bloß für wenige Glückliche.“

Markus Schönherr/Katholische Nachrichten-Agentur

erhalten, und denjenigen, bei denen dies nicht der Fall ist. Die Entsetzlichkeit der sozioökonomischen Situation der meisten Südafrikaner/innen löste die Serie von Massenaktionen (Proteste, Sitzstreiks, Streiks und Boykotte/Stay aways) aus, die an verschiedenen südafrikanischen öffentlichen Universitäten unter dem Banner von „#FeesMustFall“ seit 2015 stattfanden.

Über die #FeesMustFall-Bewegung ist nicht aus dem Nichts gekommen. Sie ist der rationale Höhepunkt vieler Jahre von Massenbewegungen der Student/inn/en verschiedener Universitäten in Südafrika. Studierende haben schon lange vor 2015 demonstriert, den Unterricht boykottiert, Sit-Ins abgehalten und gestreikt

– in vielfältigen Versuchen, ihre Notlage zu verbessern. Auch heuer zum Beispiel organisierten Studierende der *University of Fort Hare* eine einmonatige Unterrichtsboykott-Kampagne (von Ende März bis Ende April), um den Zustand ihrer Wohnheime zu verbessern, welche ihrer Meinung nach in schlechtem Zustand sind.

Derartige Aktivitäten kamen und kommen laufend an den Universitäten im ganzen Land vor. Die #FeesMustFall-Bewegung war demgegenüber eine der ersten Gelegenheiten im post-Apartheid-Südafrika, bei denen Student/inn/en verschiedener öffentlicher Universitäten ihre Anstrengungen für ein gemeinsames Ziel bündelten.

Die #FeesMustFall-Bewegung muß auch in Verbindung zu anderen populären Studierenden-Bewegungen gesehen werden, die ungefähr zeitgleich an Bedeutung gewannen. Zum Beispiel zur #RhodesMustFall-Bewegung, die an der *University of Rhodes* in Grahamstown entstand und

**Massenproteste  
seit Jahren**



schäftigung mit der historischen Rolle der Bewegung und ihrer Ziele bieten, sind mehr und mehr notwendig. Die Haltung der oberen Mittelklasse, hauptsächlich weißer Studierenden, gegenüber #FeesMustFall-Aktivist/innen sind manchmal wenig einladend und entgegenkommend. Die Anführer/innen dieser Bewegung haben das Gefühl, daß diese Student/inn/en nicht dieselben Umstände ertragen müssen wie ihre schwarzen Kolleg/inn/en – sie betrachteten die Proteste in den meisten Fällen nur als unbequeme Unterbrechung ihrer akademischen Bestrebungen.

Darauf wurde ich kürzlich aufmerksam, als ich zufällig auf eine Gruppe weißer Studierender traf, die über die #FeesMustFall-Bewegung diskutierte. Die Fragen, die in ihren Köpfen vorherrschten, waren solche wie „Wer wird dafür (d.h. kostenlose Bildung) zahlen?“, „Warum wird mein

Abschluss verzögert, wenn sich doch meine Eltern Studiengebühren leisten können?“ etc. Obwohl diese Fragen aus individueller Perspektive legitim sind, denke ich, daß die Antworten mit Blick auf den Kontext der südafrikanischen Geschichte gesucht werden müssen. Foren – wie das vom Philosophie-Institut an der University of Fort Hare organisierte – könnten dabei hilfreich sein, sich mit diesen Fragen auf ernsthafte Weise auseinanderzusetzen. Denn offensichtlich wird die #FeesMustFall-Bewegung nicht irgendwo verschwinden.

Sie wird uns in absehbarer Zukunft erhalten bleiben. Je früher die südafrikanische Gesellschaft damit beginnt, sich mit den sozioökonomischen Gründen auseinanderzusetzen, also warum es für die meisten Familien nicht möglich ist, sich Bildung für ihre Schutzbefohlenen zu leisten, desto eher kann sie sich mit dem Anstoß



ANC-nahe Studierendenliste verliert

hinter den Protesten befassen. Ich denke, eine direkte Art und Weise, damit umzugehen, wäre es, alle Studiengebühren in den staatlichen Universitäten zu streichen. Ob dies getan wird, werden wir abwarten müssen.

Johnbosco Nwogbo ist Lehrbeauftragter an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der University of Fort Hare in East London. Übersetzung: Magdalena Waygand.

## Hotz versus UCT

Am 12. April 2017 entschied der südafrikanische Verfassungsgerichtshof über die Klage von fünf Studierenden der University of Cape Town. Alexandria Hotz, Masixole Mlandu, Chumani Maxwele, Slovo Magida und Zola Shokane waren im Februar 2016 führend bei den Ausschreitungen an der Universität gewesen und von dieser mit Hausverbot belegt worden. In späteren Instanzen war dieses zwar aufgehoben, die fünf jedoch zur Übernahme aller Gerichtskosten verurteilt worden.

Die Verfassungsrichter hielten nun grundsätzlich fest, daß die Ursachen der als #FeesMustFall bekannt gewordenen Proteste mit dem garantierten Recht auf Bildung (Sektion 29 der Verfassung) zu tun gehabt hätten. Die Kläger/innen hätten das Versammlungsrecht wahrgenommen. Dieses wäre aber erloschen, sobald die Proteste gewalttätig wurden und die Rechte der Universität und anderer Personen auf dem Campus verletzt.

Es sei allgemein bekannt, so der Gerichtshof, daß dabei Autoreifen in Brand gesetzt worden wären, wodurch Kunstwerke und andere Objekte im Eigentum der

Universität vernichtet wurden. Mehrere Denkmäler seien beschmutzt, Mistkübel angezündet und zur Blockade der Eingänge verwendet worden.

In einer Gesellschaft, in der die Herrschaft des Gesetzes vorherrsche, sei es unzulässig, das Recht in eigene Hände zu nehmen. Zerstörung von Eigentum könne nicht toleriert werden. Die Schöpfer der Verfassung hätten Sektion 17 zweifellos nicht in die Verfassung aufgenommen, um damit Hooliganismus zu fördern.

Allerdings sei ebenso allgemein bekannt, daß im Zentrum der #FeesMustFall-Bewegung ein brodelndes Gefühl der Ungerechtigkeit gestanden wäre über das Versagen der Universitäten, kostenlose, hochwertige und entkolonisierte (!) Bildung zu bieten. Dieser grundrechtliche Kontext könne nicht übersehen werden.

In Abwägung dessen entschied der Verfassungsgerichtshof, jede Partei hätte ihre eigenen Gerichtskosten zu tragen. Darüber hinaus ist das Urteil von prinzipieller Bedeutung, weil es die Proteste inhaltlich als verfassungskonform erklärt, den angewendeten Methoden jedoch eine Grenze zieht.

## ... spektrum ...

**Konflikte in Südafrika spitzen sich zu.** Staatspräsident Jacob Zuma überlebte die bisher schwerste Infragestellung seiner Amtszeit im Verlauf der Sitzung des *National Executive Committee (NEC)* des regierenden *African National Congress* am 27./28. Mai. Ein von Joel Netshitenze, langjährigem Mitarbeiter des früheren Präsidenten Thabo Mbeki, überraschend eingebrachter Mißtrauensantrag fand zwar nicht die notwendige Mehrheit, doch zeigte die Diskussion im Vergleich zu einer ähnlichen Debatte im November (INDABA 92/16) zunehmende Auffassungsunterschiede innerhalb des höchsten Parteigremiums und ein deutliches Wachstum des Zuma-kritischen Lagers.

Vorangegangen war der turbulenten Sitzung die Entlassung fast der halben Regierung durch den Präsidenten Ende März. Davon war nicht nur Finanzminister Pravin Gordhan

betroffen gewesen, sondern auch Tourismusminister Derek Hanekom, der im November den Mißtrauensantrag gegen Zuma gestellt hatte. Mit dem bisherigen Innenminister Malusi Gigaba übergab der korruptionsbeschuldigte Zuma einem engen Vertrauten die Verantwortung über die Staatsfinanzen, was unmittelbar zu katastrophalen wirtschaftlichen Folgen führte: Der südafrikanische Rand verlor gegenüber dem US-Dollar neuerlich mehr als 10% an Wert, und die Rating-Agenturen *Standards&Poor* und *Fitch* stuften Südafrika auf den sog. Junk-Status zurück.

Das bedeutet, daß die Inflation steigen wird und höhere Preise für Grundnahrungsmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs den Lebensstandard der breiten Bevölkerung spürbar beeinträchtigen werden (das gilt im übrigen auch für Namibia, dessen Währung an den südafrikanischen Rand gebunden ist).

Die meisten Kommentatoren führten den Austausch praktisch aller

Zuma-kritischen Regierungsmitglieder auf den seit Monaten anhaltenden Konflikt über den Einfluß der indischstämmigen Millionärsfamilie Gupta auf die Politik zurück. In Südafrika wird diese Oligarchisierung als „*State Capture*“ bezeichnet (INDABA 93/17). Abgesehen von großen Demonstrationen, bei denen der Rücktritt Zumas gefordert wurde (und zwar nicht nur von der Opposition), wurde von den Oppositionsparteien ein Mißtrauensantrag im Parlament gestellt. Da der ANC dort über 249 von 400 Mandaten verfügt, sind die Erfolgsaussichten eher gering – es sei denn, die Abstimmung fände geheim statt. Dieser Forderung der Opposition wurde von der Parlamentspräsidentin nicht stattgegeben, sie liegt jetzt beim Verfassungsgerichtshof, der angeblich bis September darüber entscheiden wird.

Vom NEC-Meeting Ende Mai wurden allerdings zwei wichtige Entscheidungen getroffen: Zuma-Günstling Brian Molefe, der unter merkwürdigen Umständen an die Spitze des staatlichen Energiekonzerns ESKOM zurückgekehrt war, wird nun endgültig entlassen, und das Rennen für die Nachfolge Zumas im Parteivorsitz wurde per Anfang September eröffnet. Allgemein wird von zwei aussichtsreichen Kandidat/inn/en ausgegangen. Von der Zuma-Fraktion wird die frühere Frau des Staatspräsidenten und bis vor kurzem Vorsitzende der Afrikanischen Union, Nkosazana Dlamini-Zuma, ins Rennen geschickt – sie wäre die erste Frau an der Spitze Südafrikas.

Als Alternative bauen Zuma-kritische Teile der Partei den früheren Geschäftsmann und jetzigen Vizepräsidenten Cyril Ramaphosa auf. Dieser hat sich kürzlich für seine Haltung beim Arbeitskonflikt in Marikana (INDABA 75/12) entschuldigt, während dem er



Zumas Dolchstoß für die Wirtschaft: Karikatur im Mail & Guardian

die Polizei zum Einschreiten gegen die Streikenden aufgefordert hatte. Dlamini-Zuma dürfte die Unterstützung der Zuma-Fraktion sowie der Frauen- und Jugendorganisation des ANC genießen (deren Funktionäre ja von der Partei abhängig sind), während große Teile der Basis sowie die Gewerkschaften (COSATU) Ramaphosa favorisieren.

**Ausbau der Atomkraft in Südafrika vorläufig gestoppt.** Als großen Sieg feierten Umweltschützer und die Opposition Ende April das Urteil des *Western Cape High Court*, das die bestehenden Nuklearverträge mit Rußland, den USA und Südkorea für nichtverfassungskonform erklärt hatte. Richter Lee Bozalek hatte zugunsten der beiden Kläger, *Earthlife Africa*

und *Southern African Faith Communities' Environment Institute (Safcei)*, entschieden und damit den ab Juni geplanten Ausbau der Kernkraft (zusätzlich 9.600 MW) vorerst gestoppt. Die entscheidende Begründung des Gerichts bezieht sich auf mangelnde Transparenz des Bieterverfahrens, während dem der Öffentlichkeit nicht – wie gesetzlich vorgeschrieben –

## Österreich – Moçambique: Treue Freundschaft?

Von ganz oben sei die Anregung gekommen, Moçambique den Status als entwicklungspolitisches Schwerpunktland abzuerkennen, sagen einige im Ministerium. Andere wiederum glauben das nicht. Tatsache ist jedenfalls, daß es eine Diskussion zu diesem Thema gibt – wer auch immer den Anstoß dazu gegeben hat.

Die Hintergründe liegen wohl auf der Hand: Auf der einen Seite braucht der Herr Noch-Außenminister Geld, um – wie angekündigt – potentielle Flüchtlinge in Afghanistan und Libyen vom Aufbruch nach Europa abzuhalten. Eine moderate Erhöhung des EZA-Budgets reicht da sicher nicht, also muß zu Lasten bestehender Schwerpunkte umverteilt werden. Und Moçambique hat sich diesbezüglich angreifbar gemacht – u. a. durch das Wiederaufflammen des Bürgerkriegs im letzten Jahr (INDABA 91/16).

Sehen wir davon ab, daß die etwa vier Millionen Euro, die Projekte im „Schwerpunktland“ Moçambique jährlich erhalten (nur zur Erinnerung: 50 Mio. kostete allein die Umgestaltung der Mariahilferstraße in Wien zur „Fußgänger- und Begegnungszone“), die Migrationsursachen in den genannten Ländern nicht stoppen werden. Wichtiger ist: In Moçambique hat sich die politische Lage zum Besseren gewendet. Zwischen der Frelimo-geführten Regierung und der früheren Terroristenbewegung Renamo wurde ein Waffenstillstand geschlossen und für permanent erklärt, aus einem großen Teil der umkämpften Gorogonsa-Region, in dem Renamo das Hauptquartier ihrer Privatarmee unterhält, hat sich die moçambikanische Armee zurückgezogen. Ein zweiter Problempunkt, der 2016 zur Suspendierung der Budgethilfe der „Gebergemeinschaft“ geführt hat, wurde ebenfalls entschärft: Die Berechnung der Staatsschulden soll nunmehr getreu den internationalen

Vorgaben durchgeführt werden. Daß Moçambique den EZA-Donors, die – angeführt von der Weltbank – in den 1990er Jahren mehr wirtschaftliche Probleme verursacht als gelöst haben, mit großer Skepsis gegenübersteht, ist dabei nur zu verständlich. Aber so sind die Kräfteverhältnisse eben.

Österreichischerseits wurde seit der Einführung der Schwerpunktländerpolitik in den 1990er Jahren immer argumentiert, es ginge um Planbarkeit, Effizienz und Nachhaltigkeit. Und daß es Jahre brauchen würde, tragfähige Strukturen aufzubauen und für die österreichischen Akteure eine Vertrauensbasis zu schaffen. Nun sind endlich – nehmen wir das einmal an – tragfähige Strukturen vorhanden, und zumindest in der Provinz Beira ist Österreich zum akzeptierten entwicklungspolitischen Player geworden. Werfen wir diese Errungenschaft angesichts temporärer Probleme so einfach über Bord? Wo bleiben die Verlässlichkeit, wo die in Sonntagsreden beteuerte Freundschaft? Kehren wir wieder zur „hop on, hop off“-Politik früherer Zeiten zurück?

Einige Jahre österreichischer Kolonialherrschaft über die Bucht von Maputo resultierten zu Ende des 18. Jahrhunderts in einer wirtschaftlichen Destabilisierung bis weit ins Hinterland, deren Folgen man noch Jahrzehnte später zu spüren bekam. Daran erinnert man sich „ganz oben“ oder wo auch immer im BMeiA oder in der ADA natürlich nicht (oder nicht gern). Eine weitere Einstufung von Moçambique als EZA-Schwerpunktland könnte als teilweise Wiedergutmachung der kolonialen Politik der gefeierten Maria Theresia gesehen werden. Oder, wenn schon das nicht, als Treue zu einem Partner in schwierigen Zeiten.

Walter Sauer

ausreichende Informationen über Kosten und andere zentrale Fragen zur Verfügung gestellt wurden.

Medienberichten zufolge soll das Auftragsvolumen insgesamt eine Trillion Rand (69 Mrd. Euro!) betragen haben, also zwei Drittel eines gesamten südafrikanischen Jahresbudgets. Wie dies finanziert hätte werden sollen, ist unklar. Viele Beobachter/innen sahen in der Absetzung von Finanzminister Gordhan – der sich negativ über das Projekt geäußert hatte – den Versuch des Staatspräsidenten, den Deal doch über die Runden zu bringen. Dies ist nun gerichtlich gescheitert.

**Vor Präsidentenwahlen in Angola.** Nach 37 Jahren an der Macht wird Präsident José Eduardo dos Santos, der zweitlängst dienende Staatschef Afrikas, sein Amt im August an einen Nachfolger übergeben. Kandidat der regierenden MPLA-Partei ist der 62jährige Verteidigungsminister João Manuel Gonçalves Lourenço. Nach der geltenden Verfassung wird der Spitzenkandidat der stärksten Parlamentspartei automatisch Staatspräsident. Die letzten Wahlen, bei denen die frühere Befreiungsbewegung ihre Mehrheit trotz leichter Verluste mit 72% halten konnte, hatten 2012 stattgefunden (INDABA 75/12).

Lourenço, der voraussichtliche Sieger, gilt als Zeichen der Kontinuität. Seine Designation kam insofern überraschend, als politische Beobachter auch die Kür eines/einer Familienangehörigen des Präsidenten für möglich gehalten hatten. Möglicherweise haben die Erfahrungen mit Isabel dos Santos, die von ihrem Vater zur Vorstandsvorsitzenden von *Sonangol* bestellt worden war, worauf sich Kreditwürdigkeit und Geschäftsgearbung drastisch verschlechterten, den Ausschlag gegeben.

### **Straßensicherheit in Namibia.**

Die hohe Unfallsrate auf den Straßen hat zu einer Diskussion über Verkehrssicherheit geführt. Allein auf dem 178 km langen Teilstück der Straße zwischen Okahandja und Otjiwarongo waren zwischen 28. April und 1. Mai 17 Todesopfer zu verzeichnen, fünf davon kamen bei der Kollision eines Minibusses mit einem Kleinlastwagen ums Leben. Schon in den letzten Jahren war es in diesem Gebiet (Region Otjozondjupa) zu zahlreichen Unfällen gekommen. Als Ursachen dafür werden Trunkenheit am Steuer, überhöhte Geschwindigkeit, Zusammenstöße mit Tieren oder auch mechanische Schäden (Reifenplatzer!) angegeben.

Nach Angaben der Geschäftsführerin des *Motor Vehicle Accident Fund*, Rosalia Martins-Hausiku, kletterten die Ausgaben für die medizinische Betreuung für die Überlebenden von Autounfällen im Jahr 2016/17 auf eine Rekordhöhe von 160 Mio. Nam-\$. Sowohl MVA Fund als auch Polizei appellieren regelmäßig an die Autofahrerschaft, mehr Disziplin und Vorsicht am Steuer walten zu lassen, offenbar aber mit wenig Erfolg.

### **Zimbabwe: Gonarezhou National**

**Park.** Nach Angaben der *Financial Mail* in Harare vom 1. Juni hat die *Frankfurt Zoological Society (FZS)* im März das Management des zweitgrößten zimbabwe'schen Nationalparks (5.053 Quadratkilometer) übernommen. Die Regierung von Präsident Mugabe hatte sich zu diesem Schritt entschlossen, nachdem die zuständige Behörde, *Zimbabwe Parks and Wildlife Management Authority (ZIMPARKS)*, offenbar nicht mehr in der Lage gewesen war, der eskalierenden Wilderei Einhalt zu gebieten. Die Wilderer operieren in technologisch hochausgerüsteten Banden mit Hubschraubern und

Maschinengewehren und liefern sich nicht selten blutige Schlachten mit den Rangern der Parkverwaltung.

Die deutsche Organisation ist mit Projekten seit 2007 in Zimbabwe involviert, u. a. zum Schutz der Black Rhinos. Nach Angaben von ZIMPARKS wurde der Gonarezhou-Nationalpark nun in eine Stiftung eingebracht, die von einem Gremium geleitet wird, dem je drei Vertreter/innen Zimbabwes und der FZS paritätisch angehören. Das Arrangement ist mit 2020 befristet.

Lokale Gemeinschaften in Chiredzi sehen das Arrangement allerdings skeptisch, weil sie im Trust nun nicht mehr vertreten sind und von den Parkeinnahmen finanziell nicht mehr profitieren. Nach Angaben eines Sprechers des Gonarezhou-Trusts soll sich das noch ändern – immerhin bereitet sich ZANU PF auf die nächsten Wahlen 2018 vor.

### **Parlamentswahlen in Lesotho.**

Drei Jahre vor dem ursprünglich vorgesehenen Zeitpunkt fanden am 3. Juni 2017 Parlamentswahlen im Königreich Lesotho statt. Beim letzten Urnengang 2015 hatte der *Democratic Congress* von Pakalitha Mosilisi 47 von 120 Mandaten erhalten, die *All Basotho Convention* 46 und der *Lesotho Congress of Democrats* 12. Mosilisi bildete mit Hilfe des LCD und einiger Kleinparteien eine Koalitionsregierung, die jedoch von ziemlicher Instabilität und bewaffneten Auseinandersetzungen geprägt war. Im März 2017 schrieb König Letsie III. Neuwahlen aus. Bei diesen erhielt die *All Basotho Convention* mit 48 Sitzen die relative Mehrheit, gefolgt vom *Democratic Congress* mit 30. Am 16. Juni wurde Thomas Thabane von der *All Basotho Convention* als neuer Ministerpräsident vereidigt.

# Angespannte Lage in Zambia

## Patricia Mwashingwele für mehr Dialog zwischen den politischen Parteien

*Überschattet von der Verhaftung des Oppositionsführers fand Mitte Mai der erste Besuch von zambischen Abgeordneten im Rahmen der neuen parlamentarischen Zusammenarbeit mit Österreich statt. Peter Prinesdom hat mit der Delegationsleiterin, Patricia Chileshe Mwashingwele von der oppositionellen United Party for National Development (UPND), gesprochen.*

*Danke für diese wunderbare Gelegenheit. Wir haben in INDABA immer wieder ausführlich über Zambia berichtet. Wie steht es speziell aus Ihrer Sicht als Lehrerin um die wirtschaftliche Lage, das Bildungssystem und die Situation der Frauen in Ihrem Land?*

Unsere Wirtschaft leidet unter den Auflagen des Weltbankkredits und den mangelnden Arbeitsplätzen. Unsere Leute wollen arbeiten und können hart arbeiten. Aber wir haben um die 60 bis 80 Prozent Arbeitslose, wobei der Großteil unserer Bevölkerung unter 35 Jahren ist, wir sind eine sehr junge Nation. Die genaue Zahl ist unklar, da diese in den ländlichen Gebieten nur sehr schwer erfaßt werden kann. Es braucht viel Infrastruktur, um die Leute in das Bildungssystem zu bringen. In der Grundschule sind wir bei 94% der Jugendlichen, aber in den Universitäten bleiben nur noch fünf Prozent übrig. Und was machen wir mit den verlorenen 89%? Viele Mädchen werden während der Schulzeit schwanger. Wir haben jetzt Maßnahmen gestartet, damit sie nach einem Jahr wieder am Schulunterricht teilnehmen können. Kinder brauchen gut gebildete Mütter!

Ein anderes Problem sind die arbeitslosen Schulabgänger. Wir haben Absolventinnen und Absolventen, aber keine Arbeitgeber. Sie sind in einer bestimmten Fertigkeit geschult, aber haben keine Möglichkeit, diese auch beruflich anzuwenden. Unser sozialer Sektor ist gefordert, vor allem der Gesundheitssektor. Wir haben nicht genug Krankenhäuser und zu wenig



*Abgeordnete Mwashingwele beim Interview*

Ärzte. Durch unseren Besuch in Österreich wollen wir auch lernen, wie wir die Berufsausbildung verbessern können. Das sind also unsere Herausforderungen.

*Wie sieht es mit den Kosten für die Bildung aus?*

Wir haben, was wir freie Bildung nennen, sowie Schulpflicht. Die Grundschule ist kostenlos, aber der Sekundarbereich und die Universitäten kosten etwas, hier müssen die Eltern etwas dazu beitragen. Ein Semester an der Universität kostet 500 Euro. Es werden aber auch Stipendien vergeben für Studien, in denen dringend Leute gesucht werden. Wir hatten 6000 Studierende, die dieses Jahr angesucht haben, wir hatten aber nur das Budget für 2500. Im Moment versuchen wir auch ein System für Darlehen zu entwickeln, denn die Stipendien werden vorrangig für technische Studien vergeben, weil wir ein Defizit in Wissenschaft und Technik haben. Denn wenn du nur ein kleines Budget hast, mußt du auch sehen, wo es Bedarf gibt. Wir haben im Schulsystem auch ein Punktesystem, wobei die Anforderungen für Mädchen

beim Wechsel in die Sekundarstufe reduziert sind. Am Ende der Sekundarstufe ist dies nicht mehr der Fall, was bedeutet, daß Mädchen und Burschen dann dieselben Anforderungen erfüllen müssen.

*Sie haben Ihre Masterthesis über die Bedeutung von Leibeseziehung im Unterricht geschrieben?*

Ich war sogar die erste Frau, die ihr Masterstudium im ersten Jahrgang des Studiums abgeschlossen hat. Nach meinem Universitätsabschluß bin ich nach Botswana gegangen und habe dort sehr erfolgreich die erarbeiteten Erkenntnisse meiner Arbeit umsetzen können. Denken Sie daran, Leibeseziehung bedeutet nicht nur, einen Ball zu treten, es hat auch viel mit organisiertem Lernen zu tun, mit Arbeiten als Team, seine Grenzen ken-



nenzulernen. Dies sind Dinge, die oft in den Sekundarschulen fehlen, aber sehr wichtig wären. Und manchmal können Kinder lernen, wie sie sich physisch ausdrücken können. Wenn man mehr über seinen Körper erfährt, kann man in stressigen Situationen wie einer Mathematikprüfung besser damit umgehen. Ich hatte sehr viel Freude in diesem Beruf und erfuhr auch Anerkennung als sportliche Leiterin der Privatschulen.

*Wie sind Sie dann in die Politik gekommen?*

Ich wollte gesellschaftlich in meinem Heimatland etwas ändern und bin ab 2000 mehrmals als Kandidatin angetreten. In Zambia ist es leider so, daß man als Kandidat von kleinen, unabhängigen Parteien keine Chance hat, gewählt zu werden. Neben der regierenden Patriotic Front (PF) gibt es in der Opposition die United Party for National Development (UPND), der ich angehöre und die fast gleich stark ist wie die Regierungspartei, und noch zwei Kleinstparteien: das Movement for Multi-Party Democracy (MMD) und das Forum for Democracy and Development (FDD). Mit meiner Kandidatur für die UPND hat es bei der letzten Wahl schließlich geklappt. Derzeit haben wir im Parlament nur 18 % Frauen von insgesamt 266 Abgeordneten.

*Und wie ist Ihr Verhältnis zur Regierungspartei?*

Wir als Opposition haben nach wie vor Schwierigkeiten damit, das Ergebnis der Wahlen von Anfang 2015 zu akzeptieren, bei denen der Kandidat der Patriotic Front, Edgar Lungu, gewählt worden und unser Kandidat Hakainde Hichilema Zweiter geworden ist. Leider wurde Hichilema, unser Parteivorsitzender, vor kurzem von der derzeitigen Regierung verhaftet. Ich halte das für unglücklich, weil wir den Dialog brauchen. Wir hatten auch Probleme mit der Pressefreiheit, private Zeitungen wurden geschlossen usw. Daher beten wir, daß wir die Dinge besser machen. Weil wir eine junge Demokratie sind und wir nicht verlieren wollen, was so schwer zu erreichen war. Viele Menschen beginnen an der Demokratie zu zweifeln. Aber wir können die Dinge besser machen.

*Eine etwas heikle Frage: Gibt es soziale Spannungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen in Ihrem Land?*

Nein, die Herkunft oder Zugehörigkeit ist nicht so wichtig. Sie finden Leute aus dem Osten, die in den Westen gezogen sind, und umgekehrt. Gruppierungen entstehen mehr nach politischer Zugehörigkeit, nicht nach Herkunft, darauf legen wir keinen Wert. Wir möchten für alle da sein und allen helfen und sie unterstützen.

*Inwieweit haben die Kirchen in Zambia Einfluß auf das politische und soziale Geschehen?*

Sie wissen, daß wir eine christliche Nation sind, das ist sogar in unsere Verfassung eingebettet. Die Kirche ist sehr stark und hat viel Einfluß auf die Politik. Bei den aktuellen Ereignissen in Zambia kamen die katholischen Bischöfe zusammen und einigten sich auf eine sehr starke öffentliche Aussage, nämlich daß sie dem, was derzeit im Land geschieht, nicht zustimmen. Wenn sie sprechen, reden sie darüber, wie friedlich wir sein könnten. Die Kirche ermutigt Politiker/innen, in Harmonie zu leben. Schauen Sie sich das Parteiensystem an, das wir ab 1970 hatten. Die Kirche nahm damals eine Vermittlerrolle ein zwischen unserem ersten Präsidenten, Kaunda, und der sich formierenden Opposition. Sie spielte und spielt bis heute eine wichtige Rolle, um beide Seiten zu versöhnen. Was die Kirchen nicht wollen, ist, in das alte System zurückzukehren. Sie erinnern uns immer wieder, woher wir kommen. Sie erinnern uns immer daran, daß wir unseren Frieden nicht für selbstverständlich halten sollten.

➔ *Fortsetzung auf Seite 14*

# Kooperation zwischen Zambia und Österreich

*Nach Moçambique rückt nun Zambia in den Fokus des heimischen Parlaments.*

Nach langjähriger Partnerschaft mit der *Assembleia da República* in Moçambique startete das Österreichische Parlament im Rahmen des Projekts *Parlamentarischer NordSüdDialog* mit Jänner 2017 eine neue Partnerschaft mit der *National Assembly of Zambia (NAZ)*. Finanziert wird das Projekt durch die *Austrian Development Agency (ADA)* und das Land OÖ. Die gesammelten Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit Moçambique fließen in die neue Kooperation ein.

Der Parlamentarische NordSüdDialog ist ein seit 2005 bestehendes Projekt, das seit 2013 beim Wiener *Institut für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (VIDC)* angesiedelt ist. Die Idee hinter dem Projekt ist es, unter dem Motto „building bridges“ zu einem Dialog zwischen Ländern im südlichen Afrika und Österreich beizutragen und zudem die Positionen von Parlamenten in den jeweiligen demokratischen Systemen ihrer Länder zu stärken.

Parlamentsförderung ist eine anspruchsvolle Aufgabe, die auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen muß und ein entsprechend langfristiges Engagement sowie gegebenenfalls auch eine hohe Frustrationstoleranz

erfordert. Strukturelle Veränderungen sowohl auf der institutionellen als auch der Ebene der individuellen Wahrnehmung der Partner können nicht von heute auf morgen erwartet werden, sondern brauchen Zeit, um zu einem fixen Bestandteil einer gelebten politischen Kultur zu werden. Solche Projekte machen daher nur Sinn, wenn die Zusammenarbeit einen längerfristigen Horizont hat. Dies soll im Projekt durch die Form einer *twinning partnership* gewährleistet werden. Durch das Bilden einer Peergruppe auf politischer Ebene/Ebene der Abgeordneten und das gemeinsame Festlegen von Peerpartnern auf der administrativen Ebene soll ein gezielter Austausch auf Augenhöhe ermöglicht werden. Wichtig ist dabei, der Austausch soll in beide Richtungen gehen.

Sinnvoll ist es auch nur solche Aktivitäten anzubieten, die auf einen seitens der Partnerländer artikulierten Bedarf reagieren und deren Realisierung aufgrund der gegebenen Voraussetzungen auch tatsächlich möglich ist. Im Projekt sind das die Bereiche demokratiepolitische Bildung für Jugendliche durch das Parlament, Unterstützung der administrativen Abläufe durch neue Formen der *Informations- und Kommunikationstechnik (ICT)* sowie Berufsausbildung für Jugendliche.

Besonders wichtig ist es, sich bei einem derartigen Projekt auch vor Augen zu führen, daß Maßnahmen der Parlamentsförderung politisch sensibel sind. Das Projekt ist daher so angelegt, daß sich die Zusammenarbeit überparteilich gestaltet bzw. sowohl Regierungs- als auch Oppositionsparteien in die Peergruppenarbeit eingebunden sind. Die Schwerpunkte und das Arbeitsprogramm für die erste Projektphase wurden entsprechend bereits vor Projektstart im Laufe des Jahres 2016 in gemeinsamen Workshops in Wien und Lusaka festgelegt.



*Im Rahmen der Kooperation besuchte eine Delegation des zambischen Parlaments im Mai 2017 Österreich – hier in der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege Gmunden. 2.v.r.: Gerda Weichsler-Hauer, stv. Präsidentin des ö. Landtags, rechts daneben Jutta Kepplinger*

Jutta Kepplinger

→ Fortsetzung von Seite 12



Sie geben uns Beispiele von anderen Ländern, Ländern, die den Frieden verloren haben, nur weil jemand die falsche Entscheidung getroffen hat. Wir benutzen den Völkermord von Rwanda als gutes Beispiel. Ich würde niemals

wollen, daß Zambia soweit degeneriert. Wir neigen dazu zu sagen, daß die Politik demütig sein muß. Vorsichtig sollten die Menschen sein, nicht zu hitzköpfig. Laßt uns auf den Boden zurückkehren und über Politik diskutieren, weil Politik immer eine Diskussion ist. Wir sind die Führer/innen, was lehren wir diejenigen, deren Führer/innen wir sein wollen? Wir brauchen Frieden!

*Was ist aktuell Ihr politisches Hauptanliegen?*

Wissen Sie, ich möchte auf meine Knie gehen und bitten: Seien wir nicht so feindlich gegeneinander! Wir haben nur ein Land und sonst keines, wo wir hingehen können. Es wirft kein gutes Licht auf die Dinge, wenn Menschen aus politischen Gründen ins Gefängnis kommen. Glauben Sie mir, die Situa-

tion im Land ist angespannt. Jeder ist besorgt über die politische Situation. Wir verschwenden zu viel Geld, nur um einen Oppositionsführer im Gefängnis zu halten. Das ist trivial. Laßt uns unser Geld dort einsetzen, wo es wirklich zählt. Und das ist möglich. Der Präsident kann eines Morgens aufwachen und einfach sagen: „Ich bin dessen müde. Laßt diesen Mann gehen. Gebt ihm seine Freiheit zurück, und er soll zurück an die Arbeit gehen!“ Ich glaube noch immer, daß dies wahr werden kann.

Für die Ermöglichung des Interviews danken wir dem Parlamentarischen Nord-Süd-Dialog (<http://www.nordsueddialog.org>) sehr herzlich. Infobox der National Assembly of Zambia zu Patricia C. Mwashingwele: <http://www.parliament.gov.zm/node/5311>.

## Hichilema: Freilassung gefordert

Die sofortige Freilassung des verhafteten Oppositionsführers Hakainde Hichilema und fünf Parteiangestellter sowie die Einstellung der Anklagen gegen sie forderte *Amnesty International* Ende April 2017.

Die sechs Männer waren am 11. April verhaftet worden, nachdem sie angeblich den Autokonvoi von Präsident Edgar Lungu blockiert hatten; beide Delegationen waren gleichzeitig zu einer traditionellen Zeremonie im Mongu District unterwegs. Ihrer Aussage nach wurden die Verhafteten von der zambischen Polizei geschlagen, mit Tränengas und Pfeffersprays besprüht und von Kapuzenmännern gefoltert.

„Hakainde Hichilema und die übrigen verhafteten Mitglieder der *United Party for National Development (UPND)* sind zu Opfern einer langzurückreichenden Verfolgung oppositioneller politischer Aktivitäten geworden, insbesondere im Zusammenhang mit den umstrittenen Wahlen im letzten Jahr“, erklärte Deprose Muchena, Amnestys Regionaldirektor für das Südliche Afrika. „Die Beschuldigungen gegen sie sollen eindeutig zur Einschüchterung dienen und ihre politische Arbeit blockieren.“

Hichilema wurde wegen Hochverrats sowie Widerstands gegen eine Amtshandlung und Beamtenbeleidigung angeklagt. Der Polizei zufolge hätten die Autos der UPND dem Präsidenten nicht rechtzeitig Platz gemacht. Hichilemas Anwalt hingegen sprach davon, die Polizei hätte seinem Mandanten zuvor grünes Licht gegeben.

„Die Beschuldigungen stellen eine massive Aufblähung eines Tatbestands dar, der im wesentlichen eine Angelegenheit der Verkehrskontrolle ist und nichts mit Hochverrat zu tun hat“, sagte Muchena. „Amnesty fordert daher die bedingungslose Freilassung der Verhafteten und gleichzeitig eine gründliche Untersuchung der Foltterwürfe gegen die Polizei.“

Hakainde Hichilema ist Vorsitzender der größten Oppositionspartei Zambias, der *United Party for National Development*. Im August 2016 war er Gegenkandidat von Präsident Edgar Lungu und unterlag diesem nur knapp (INDABA 91/16). Eine Wahlbeschwerde der UPND wurde vom Verfassungsgerichtshof nicht behandelt. Der Hochverratsvorwurf wird von der Polizei auch damit begründet, daß Hichilema das Ergebnis der Wahlen nicht anerkannt hätte.

# Berufsbildung und Schulentwicklung

## Österreichisch-südafrikanische Lernerfahrungen

*Die Jugendarbeitslosigkeit in Südafrika ist eine jahrzehntelange Krise. Employability und Berufsbildung stärken den Übergang von Schule zu Arbeit. Die Verbesserung der Qualität des allgemeinbildenden Schulwesens und die Reform des Berufsbildungssystems zählen daher zu den zentralen gesellschaftspolitischen Herausforderungen Südafrikas. Konkreter Handlungsbedarf besteht in Hinblick auf die quantitative Erweiterung des Schulangebotes und die qualitative Verbesserung von Lehren und Lernen sowie die inhaltlich-strukturelle Reform der Berufsbildung. Das österreichische Bundesministerium für Bildung (BMB) kooperiert seit 2014 im Rahmen von Personalentsendungen und Kooperationsprojekten (INDABA 90 und 91/16). Matthias Forcher-Mayr und Sabine Mahlknecht berichten.*

Die durch Kolonialismus und das Folgesystem der Apartheid gezielt geschaffene Benachteiligung auf Basis von Hautfarbe zeitigt bis heute massive Folgen auf individueller und systemischer Ebene. Armut und chronische Arbeitslosigkeit sind ein direktes Resultat vergangener politischer Unterdrückung und beeinflussen jugendliche Lebensläufe durch die Sozialisationsbedingungen in Haushalt, Schule und Community. Jugendliche in benachteiligten Wohngebieten sind meist von einer schlechten Haushaltsausstattung betroffen (Finanzkapital, soziale Netzwerke etc.). Das staatliche Bildungswesen kann aufgrund seiner Ausrichtung auf Allgemeinbildung und seiner Qualität häufig den sozialen Aufstieg der Schüler/innen nur bedingt unterstützen. Hohe Klassenzahlen, mangelhafte Ausstattung sowie die Qualifizierung der Lehrer/innen und

des Schulmanagements beeinflussen die Qualität des Lehrens und Lernens in einem Kontext, in welchem viele Kinder und Jugendliche aufgrund ihrer außerschulischen Erfahrungen und Lebensbedingungen besonderer pädagogischer Aufmerksamkeit bedürfen. Das Potential der Community als ein Lernort neben Haushalt und Schule ist häufig als gering einzustufen. Sport, Kultur- und weitere Bildungsangebote existieren wenig. Die Drop-Out Raten in der Sekundarstufe II sind hoch und Second Chance-Angebote weitgehend nicht vorhanden.

Das staatliche Schulwesen ist primär auf Allgemeinbildung ausgerichtet und unterliegt dem nationalen *Department of Basic Education (DBE)*. Eine Ausnahme bilden *Technical High Schools*, die in den Schulstufen 10-12 einen berufsbildenden Schwerpunkt anbieten, aber nicht direkt auf

berufliche Tätigkeit vorbereiten. Auch sind die Lehrplaninhalte nicht mit den Bedürfnissen der Wirtschaft in Einklang gebracht, Betriebspraktika sind nicht vorgesehen. Berufsbildung ist post-sekundär organisiert (ab der 10. Schulstufe) und unterliegt dem *Department of Higher Education and Training (DHET)*. Da das Duale System (Lehre/Berufsschule) in Südafrika nur in geringem Maß existiert, fungieren *Techni-*



*Zeugnisverteilung ITHUBA/HTL: Building/Construction-Kurs*

*cal Vocational Education and Training* (TVET)-Colleges als hauptsächliche Ausbildungsträger. Die Transformation nach 1994 verlangte die Anpassung der (Berufs-)Bildung an die veränderten Rahmenbedingungen, d.h. die Inklusion der vormals benachteiligten Bevölkerungsmehrheit, wobei nachfolgende Reformbausteine hervorgehoben werden sollen. (1) Angebotene Ausbildungen müssen relevant sein. Dies ergibt sich durch die Abstimmung der Lehrinhalte mit der Wirtschaft/ den Arbeitgeber/innen. Die Kooperation zwischen Bildung und Wirtschaft sichert die Aktualität der Inhalte und schafft Möglichkeiten des Sammelns praktischer Erfahrungen im Rahmen von Betriebspraktika. (2) Die Relevanz der Lerninhalte kann nur dann Wirkung entfalten, wenn das Lehren und Lernen, die vorhandene Infrastruktur



Lernziel – ein RDP Haus bauen können

bzw. die benötigten Materialien von Qualität bzw. vorhanden sind. (3) Eine relevante und qualitätsvolle Ausbildung ist für Arbeitgeber/innen als Quelle gut qualifizierter Fachkräfte attraktiv. Eltern und Schüler/innen nehmen eine Ausbildung dann als attraktiv wahr, wenn die Inhalte und deren Vermittlung als positiv gesehen werden und der Abschluß reale Jobchancen am Arbeitsmarkt zeitigt. In der Umsetzung liegen Herausforderungen u.a. im Aufbau einer systematischen Partnerschaft zwischen den Sozialpartnern bzw. der Stärkung der Kooperation

zwischen Schule und Betrieb, der Reform der Ausbildungsformate (Curricula, Berufsstandards und -profile) sowie der Fortbildung der Fachlehrer/innen und des Managements von Berufsbildungseinrichtungen.

**a**uf einer lokalen Betrachtungsebene zeigen sich unterschiedliche Herausforderungen. In der urbanisierten Provinz Gauteng existiert ein Angebot an Betrieben und Lehrpersonen mit Arbeitserfahrungen in ihrem Berufsfeld. Demgegenüber steht die Diskrepanz der Gehälter zwischen dem staatlichen Bildungssystem und der Privatwirtschaft, die das Anwerben von Fachlehrer/innen erschwert. Im Gebiet der ehemaligen Transkei (Eastern Cape) erschwert die Abwesenheit von Fachpersonal und Klein- und Mittelbetrieben des formalen Sektors die Etablierung von TVET-Colleges. Auf Schulebene zeigt sich, daß Berufsbildung unter Schüler/innen und Eltern derzeit nicht ernsthaft als alternativer Ausbildungsweg gesehen wird. Dies obgleich eine tertiäre Ausbildung für die Mehrheit der Maturant/innen im Township aus akademischen und/oder finanziellen Gründen nicht realistisch ist. Demgegenüber steht das Phänomen, daß Ausbildungsformate in TVET-Colleges, die ab der 10. Schulstufe zugänglich sind, mehrheitlich von der Altersgruppe 25-35 belegt werden. Auf Basis der Erfahrung von Arbeitslosigkeit werden Berufsbildungsangebote als letzte Option wahrgenommen.

Wie auch in anderen Entwicklungsländern stellt der informelle Sektor eine relevante Größe in der Auseinandersetzung mit Fragen der Arbeitslosigkeit, Berufsbildung und Wirtschaftsleistung dar. In den letzten Jahren hat sich das Bild des informellen Sektors als traditionell und temporär hin zu einem dauerhaften und integralen

Bestandteil einer Volkswirtschaft gewandelt. Parallel zur Debatte um Armut sowie um unsichere und schlechte Arbeitsbedingungen im informellen Sektor existieren politische Bemühungen zur Stärkung von Entrepreneuren und Unternehmer/innen. Neben den Initiativen des nationalen *Department of Small Business Development (DSBD)* folgt die Provinz Gauteng der *Township Economy Revitalization Strategy*, welche auf die Entwicklung und Inklusion des informellen Sektors des Townships in die formelle Ökonomie des Landes abzielt. Ausbildungsseitig beschäftigt sich etwa die *International Labour Organization (ILO)* mit non-formaler Berufsbildung im informellen Sektor. Im Kern steht dabei die Frage, wie das Lehrlingswesen im informellen Sektor qualitativ verbessert und gestärkt werden kann.

**d**as österreichische Bildungsministerium (BMB) unterstützt in Südafrika die Reform des Berufsbildungswesens und verfolgt dabei einen standortbezogenen und einen systemischen Ansatz. Ankerpunkt der Kooperation sind die Bildungszentren *Ithuba Community College Johannesburg (ICC JHB, Gauteng Province)* und *Ithuba Wild Coast Community College (IWCCC, Eastern Cape Province)*. Beide Zentren wurden vom österreichischen Trägerverein *s2arch* gegründet. Das Konzept des Bildungszentrums ergibt sich aus dem verschränkten Angebot einer Schule, eines Berufsbildungszentrums und eines Zentrums für Gemeinwesenarbeit (Community Centre). Ziel ist es, einen lokalen Beitrag zur Verbesserung des Berufsbildungsangebotes zu leisten und darüber hinaus auf Basis der Erfahrungen skalierbare Modelle für Berufsbildungsangebote in informellen, marginalisierten Kontexten

zu entwickeln. Die Entwicklung und Einführung von Berufsbildungsprogrammen ab der 5. Schulstufe zielt auf die frühe Förderung von Selbsttätigkeit, Kreativität und Stärkung der Persönlichkeit ab. Das Bildungsministerium des stark von agrarischer Subsistenzwirtschaft geprägten Eastern Cape Province prüft derzeit die Einführung des dreijährigen ITHUBA-Programmes (5.-7. Schulstufe) im Bereich Landwirtschaft/Ernährung.

In Johannesburg erfolgt die Zusammenarbeit mit dem *Gauteng Department of Education (GDE)* und ist in zwei Teilprojekte gegliedert, die auf ein System abzielen, in welchem der Standort ICC JHB verankert ist. Auf Basis des *Reorganization of Schools Plan* unterstützt das BMB die südafrikanischen Partner bei der Einführung des neuen berufsbildenden Schultyps der *Schools of Specialization (SoS)*, 8.-12. Schulstufe, wobei der Schwerpunkt der Zusammenarbeit auf dem Teilbereich *Commerce & Entrepreneurship (SoS C&E)* liegt (2016-2017). SoS zielen auf den Fachkräftemangel in Gauteng ab. Die Schulen liegen überwiegend in benachteiligten Wohngebieten, sind aber von Aufnahmeregelung auf Basis von Schulsprengeln ausgenommen und weisen daher eine sozioökonomische Durchmischung der Schüler/innen auf. Aufgrund der Lage im Township existiert innerhalb der Schulleitungen und der Lehrer/innenschaft ein starkes Bewußtsein bezüglich der wirtschaftlichen Möglichkeiten des informellen Sektors. Die Projektunterstützung des BMB fokussiert auf *Entrepreneurship Education (EE)*. Neben Lehrerfortbildung, Unterrichtsmaterialienentwicklung und Runden Tischen zur Stakeholderbeteiligung zielt die Unterstützung auf Schulentwicklungsprozesse, basierend auf der Bildung von *Communities of Practice*.

Im Zentrum von EE steht das Bemühen, die Entwicklung von innovativen Ideen zu fördern und die Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Umsetzung dieser Ideen zu vermitteln. Das Erlernen der unternehmerischen Basisqualifikation steht hierbei neben der komplexen Förderung von Offenheit, Kreativität, Risikofreudigkeit, etc.



Kooperation: *Katlehong Technical High School – HTL Mödling*

Fachlehrer der HTL Mödling sind in Gauteng in zwei Projekten aktiv. Im Rahmen einer Schulpartnerschaft mit der *Katlehong Technical Secondary School* werden südafrikanische Fachlehrer in den Bereichen Maurern und Zimmerei fortgebildet. Ziel ist die Verbesserung der fachpraktischen Ausbildung durch die Vermittlung von projektorientierten Lehr-/Lernzugängen. In Kooperation mit ICC JHB wird im dortigen Berufsbildungszentrum der Qualifizierungskurs *Building/Construction* durchgeführt. Wie auch in den anderen in Kooperation mit dem BMB erstellten Kursformaten (*Fashion Design*) zielt das Kursformat auf die Hinführung zu einer Tätigkeit in der informellen Ökonomie des Townships ab. Der Schwerpunkt des Lernens liegt in der 1:1-Simulierung der späteren Tätigkeiten/Produkte unter Zuhilfenahme einfacher (d. h. finanzierbarer) Werkzeuge. Die Erfahrung zeigt, daß der Bezug zur Lebenswelt der Teilnehmer/innen und die Realisierung greifbarer Produkte (anstelle isolierter Techniken) unabdingbar für die aktive

Beteiligung der Teilnehmer/innen sind. Flankierendes *Entrepreneurship Training* befaßt sich mit der Frage, welche Produktnischen Teilnehmer/innen als Einzelpersonen oder Kollektive am Markt des Townships besetzen könnten. In Kooperation mit dem DHET werden die an ausgewählten TVET-Colleges angesiedelten *Centres of Entrepreneurship* durch die Entwicklung von Lehr- und Lernmaterialien (*Entrepreneurship Education*) unterstützt.

Der innovative Gehalt der vorgestellten Projekte liegt in der (1) frühen Einführung von Berufsbildung und EE (5. Schulstufe), in der (2) emanzipatorisch-aktivierenden Konzeption von EE, die über unternehmerische Kompetenzen hinausgeht und Persönlichkeitsbildung und nachhaltige Entwicklung einbezieht, und (3) in der Ausrichtung auf den informellen Sektor. Diese reicht in seiner Konzeption vom niederschweligen Wirtschaftsräum der Überlebensökonomie (*ITHUBA-Skills Centre*) bis zu einem Verständnis als Inkubationsraum, in dem junge Entrepreneure auf Basis ihrer guten Ausbildung einen Wettbewerbsvorteil genießen (*GDE-SoS, DHET-Centres of Entrepreneurship*). Ob eine Geschäftsidee bzw. handwerkliche Kompetenz vom „Survivalist Business“ zum formellen Unternehmen weiterentwickelt wird oder nicht – informelle Lernerfahrungen wirken stärkend und fördern die Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt.

Dr. Matthias Forcher-Mayr ist BMB-Projektleiter von ITHUBA und koordiniert die BMB-Bildungsprojekte in Südafrika ([Matthias.Forcher-Mayr@ithuba.org](mailto:Matthias.Forcher-Mayr@ithuba.org)).  
Dr. Sabine Mahlkecht leitet für das BMB die Programme *Vorberufliche Bildung/ Berufsbildungszentrum* in ITHUBA ([Sabine.Mahlkecht@ithuba.org](mailto:Sabine.Mahlkecht@ithuba.org)).

# Landrecht für Frauen

## 600 Freiwillige vertreten Witwen

*Im Dorf Kiyowela im Bezirk Mufindi in der zentraltanzanischen Region Iringa kann fast jede Witwe ein Lied davon singen: Nach dem Tod ihres Ehemannes wurde sie von den Angehörigen aus dem Haus getrieben. Nun verhilft eine Initiative den Frauen zu ihrem Recht. Von Kizito Makoye (ips).*

Zaituni Lekiza erinnert sich gut an das Unrecht, das ihr nach dem Tod ihres Mannes vor zwei Jahren widerfahren ist. Ihr Schwiegervater gab ihr die Schuld am Tod seines Sohnes. Kurzerhand warf er die 39-jährige Mutter von zwei Kindern aus dem Haus.

„Mein Mann wurde krank und starb, aber alle in der Familie gaben mir dafür die Verantwortung“, erzählt Lekiza, die mit ihrem Mann acht Jahre lang verheiratet war. Nebenbei erwähnt sie, daß auch ihr Schwager in dem Erbstreit eine wichtige Rolle spielte: Dieser wollte das Farmland ihres verstorbenen Mannes übernehmen.

Lekiza stand vor dem Scherbenhaufen ihrer Existenz. Vor etwa einem Jahr konnte sie allerdings neue Hoffnung schöpfen. Freiwillige der Organisation *Haki Ardhi* – der Name bedeutet

übersetzt „Landrechte“ – halfen ihr, auf dem Rechtsweg wieder in Besitz des Hauses und der Felder zu gelangen. „Wir gingen vor das Bezirksgericht, und der Richter entschied zu meinen Gunsten“, berichtet Lekiza erleichtert. „Mein Schwiegervater wurde angewiesen, mir alles zurückzugeben. Ich bin jetzt sehr glücklich, weil meine Kinder einen Platz zum Leben haben und unsere Zukunft besser aussieht.“

Lekizas Geschichte ist nur ein Beispiel unter vielen. Laut Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) liegt der Frauenanteil im Agrarsektor des ostafrikanischen Staates bei 70 Prozent, das Land gehört aber größtenteils ihren Männern.

Obwohl die Gesetze in Tanzania Frauen ein Recht auf Landbesitz einräumen, wird der Anspruch in der Praxis durch traditionelle Rollenbilder beschränkt. „Männer respektieren dich nur, solange dein Mann lebt“, sagt Lekiza. „Stirbt er, ist jeder gegen dich.“ Die junge Witwe ist den Freiwilligen von *Haki Ardhi* dankbar: „Ich hätte kein Haus mehr, wenn sie nicht eingegriffen hätten.“

**H**aki Ardhi wurde 1994 gegründet, um das Bewußtsein für eine gerechte Verteilung des Landbesitzes zu schärfen (<http://www.hakiardhi.org>). Das Programm startete im Jahr

2012 – mittlerweile hat die Organisation ein 600-köpfiges Netzwerk an Freiwilligen ausgebildet, die in 300 Dörfern arbeiten.

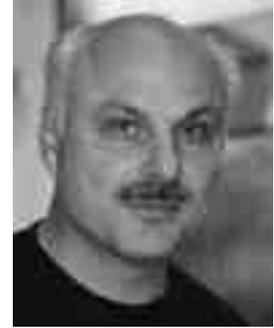
Der Einsatz von *Haki Ardhi* ist von den örtlichen Behörden anerkannt. Die ehrenamtlich Engagierten werden von den Dorfbewohner/inne/n demokratisch gewählt. Im Anschluß daran erhalten die Freiwilligen eine Ausbildung, die sie zu Expert/inn/en in Sachen Landrecht macht.

Nicht alle Fälle landen wie jener von Zaituni Lekiza vor Gericht. Die freiwillige Landrechtsberaterin Asia Kikoti aus dem Dorf Lukolongo meint, daß viele Streitigkeiten auch ohne Richter geschlichtet werden können. „Viele Frauen rufen mich an, wenn sie in einen Konflikt geraten“, erzählt Kikoti, „und ich rate ihnen oft zu einem außergerichtlichen Vergleich, um ein zeitraubendes Gerichtsverfahren zu vermeiden.“ Daß die Vorgehensweise von *Haki Ardhi* fruchtet, bestätigt Godfrey Massay vom *Tanzania Natural Resources Forum* in Arusha: „Erfolgreiche Interventionen zur Unterstützung der Dorfbewohner, vor allem Frauen, deuten darauf hin, daß dieser Ansatz über erhebliches Potential und hohe Reproduzierbarkeit verfügt.“



Zaituni Lekiza kann dank der Unterstützung von freiwilligen Rechtsberater/inne/n wieder in ihrem Haus wohnen.

# Lutherisches Welttreffen in Namibia



Von Adalbert Krims

Namibia ist das Land mit dem höchsten Anteil von Lutheranern in Afrika sowie das einzige Land außerhalb Europas, in dem fast die Hälfte der Bevölkerung einer evangelisch-lutherischen Kirche angehört. Auch nach der Unabhängigkeit gibt es weiterhin drei lutherische Kirchen, deren Ursprung auf die Missionierung während des Kolonialismus zurückgeht. Die mit Abstand größte unter ihnen ist die ELCIN (*Evangelical Lutheran Church in Namibia*) mit über 700.000 Mitgliedern, die auf die finnische Mission zurückgeht und in erster Linie im bevölkerungsreichen Norden beheimatet ist. Die beiden anderen lutherischen Kirchen wurden von der deutschen „Rheinischen Mission“ gegründet: die ELCRN (*Evangelical Lutheran Church in the Republic of Namibia*) mit rund 420.000 Mitgliedern (hauptsächlich im Süden) sowie die deutschsprachige ELCIN-GELC (*Evangelical Lutheran Church in Namibia – German Evangelical Lutheran Church*) mit ca. 5.000 Gemeindegliedern.

Seit dem Ende der Apartheid haben sich die drei Kirchen angenähert und auch ein gemeinsames Leitungsgremium geschaffen. Die unterschiedlichen Traditionen scheinen aber immer noch ein Hindernis für die volle Kircheneinheit zu sein. Daß sie aber gemeinsam den *Lutherischen Weltbund* (LWB) eingeladen haben, seine 12. Vollversammlung vom 10. bis 17. Mai in Windhoek abzuhalten, haben die drei Kirchen auch als ein Zeichen ihres Zusammenwachsens verstanden – und außerdem als Dank für die humanitäre Unterstützung der lokalen Kirchen sowie der namibischen Flüchtlinge während der Apartheid und des Befreiungskampfes durch den LWB.

Für den Lutherischen Weltbund war die Wahl des Versammlungsortes – noch dazu im Jahr des Reformationsjubiläums – einerseits eine Geste gegenüber Afrika im allgemeinen und Namibia im besonderen, andererseits aber auch für Globalität: „*Die Reformation ist Weltbürgerin geworden*“, formulierte es der österreichische Delegationsleiter, Superintendent Olivier Dantine. Diese weltweite Dimension drückte sich auch im Wechsel an der Spitze

aus: Als Nachfolger des palästinensischen Bischofs Munib Younan wurde in Windhoek der nigerianische Erzbischof Musa Panti Filibus zum Präsidenten des LWB gewählt.

Da in der nächsten Ausgabe von INDABA ein ausführlicherer Bericht aus Namibia folgt, hier nur ein paar Schlaglichter von der LWB-Vollversammlung:

- Der scheidende Präsident Younan hat sich in seiner Eröffnungsrede dafür ausgesprochen, daß sich die lutherischen Kirchen nicht nur vom Antisemitismus Luthers distanzieren, sondern auch von dessen negativen Aussagen zum Islam.
- Beim Höhepunkt der Vollversammlung, dem Gottesdienst zum Jubiläum „500 Jahre Reformation“ im Sam-Nujoma-Stadion, predigte der ehemalige Bischof der ELCRN, Zephania Kameeta, der auch dem Exekutivrat des Lutherischen Weltbundes angehört und seit 2015 Minister für Armutsbekämpfung und Soziale Wohlfahrt der Republik Namibia ist. Angesichts der „*schwierigen, unvorhersehbaren und gefährlichen Zeit*“ betonte Kameeta: „*Wir werden nicht aufgeben und niemals aufhören, weil wir fest daran glauben, daß Haß, Gewalt, Gier, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, bittere Armut, Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Terrorismus, Extremismus, Diskriminierung und Tod nicht das letzte Wort haben*“.
- Nachdem die Evangelische Kirche in Deutschland einige Wochen vor der LWB-Vollversammlung den Völkermord an den Herero und Nama von 1904 bis 1908 ausdrücklich anerkannt und die Nachkommen der Opfer um Vergebung ersucht hat, wurde in Windhoek ein Aufruf „Zur Versöhnung im Zusammenhang mit dem Völkermord in Namibia“ verabschiedet, in dem es u. a. heißt: „*Erst wenn die Wahrheit gesagt und Gerechtigkeit gesucht ist, kann tatsächlich Versöhnung über den Schmerzen der Vergangenheit stattfinden*.“
- In der abschließenden „Botschaft“ betonten die Delegierten der Lutherischen Weltversammlung unter An-

→ Fortsetzung auf Seite 27



stellung wurde von der verstorbenen Huberte Rupert selbst kuratiert und zeigt ihre fünf Lieblingskünstler/innen, darunter die Malerinnen Irma Stern, Maggie Laubser und Cecil Higgs sowie den Bildhauer Anton van Wouw. Welz studierte Architektur in Wien und begann seine professionelle Karriere 1925 in Paris. Er kam mit Le Corbusier in Kontakt und wurde von der „puristischen Ästhetik“ beeinflusst, die dieser und seine Anhänger/innen vertraten. 1937 emigrierte er nach Südafrika und arbeitete als technischer Zeichner in Johannesburg. Nach einem gesundheitlichen Zusammenbruch wurde er mit Tuberkulose diagnostiziert und erholte sich im Springkell Sanatorium, wo er begann, die Landschaft um sich herum zu malen. Seine erste Ausstellung gab es 1940 in Johannesburg. Kurz danach übersiedelte er in die Kleine Karoo. Er traf den Künstler Hugo Naudé in Worcester, und so startete seine dritte Karriere als Kunstlehrer im *Hugo Naudé Art Centre*. *Earthenware with Blackboard* (1945) ist ein typisches Beispiel seiner poetischen Neigung und seines Wunsches nach Struktur in der Komposition, der wohl seinem Architektur-Background geschuldet ist.

Der Bildhauer Anton van Wouw wurde 1862 in Holland geboren, seine Bronzeskulpturen werden in *Five* gezeigt. Van Wouw wird als Großvater aller realistischer Bildhauer/innen in Südafrika angesehen. Sein Werk wurde in zahlreiche Sammlungen unserer Museen aufgenommen und im öffentlichen Raum in Form von Denkmälern. Wie Welz, so übte auch er einen unauslöschlichen Einfluß auf den südafrikanischen Kunstkanon aus. Van Wouw kam 1890 nach Südafrika und fühlte sich sofort von der Erscheinung

und den Bräuchen der indigenen Bevölkerung angezogen. Besonders war er von den Khoisan fasziniert, von denen viele zum damaligen Zeitpunkt als Jäger und Sammler von der Natur lebten. Einige seiner renommiertesten Studien porträtiert Khoisan bei ihren typischen Aktivitäten: *The Bushman Hunter* (1902) ist wahrscheinlich das bekannteste von ihnen.

Nahe seinem Haus in Pretoria befanden sich Siedlungen von Schwarzen, in denen Instrumente wie das traditionelle *Kapu* gespielt wurden. Unter der schwarzen Arbeiterklasse der Stadt waren viele „Stämme“, deren Eigenschaften er beobachtete und als Modell für seine detaillierten Bronzen verwendete. Van Wouw war auch beeindruckt von der Tapferkeit der Buren-Kommandos während des Anglo-Burischen Krieges (1899-1902), er fertigte viele Zeichnungen und kleine Skulpturen von Offizieren und einfachen Soldaten an. Zu dieser Gruppe gehört seine sehr beliebte Bronze *Bad News* (1907) genauso wie die Statuen, die das Kruger-Denkmal in Pretoria schmücken oder das Frauen-Denkmal in Bloemfontein. Van Wouw wird wegen seiner getreuen und exakten Art des porträtierenden Realismus von den meisten Kunstliebhaber/inne/n geschätzt.

Eine weitere große südafrikanische Künstlerin – und Teil der Ausstellung *Five* – ist Irma Stern. *The Eternal Child* (1916) ist eines ihrer frühen Gemälde – eines von insgesamt 27, die wir in der Ausstellung zeigen. Es zeigt ein melancholisches junges Mädchen, das Stern in Deutschland während des Horrors und der Brutalität des Ersten Weltkrieges gesehen hatte. Das Porträt war eines der Lieblingsbilder



Jean Welz, *Earthenware with Blackboard* (1945)



Anton van Wouw, *Bad News* (Bronze, 1907)





J. H. Pierneef, *Station Panel – Stellenbosch* (Öl auf Leinwand, 1929-31)



Albert Adams, *Untitled/Four Figures with Pitchfork* (Kohle und Kreide auf Papier, um 1950).

von ihnen zeigen Landschaften, die übrigen vier einheimische Bäume. Zwölf der insgesamt 32 Szenen zeigen das Transvaal – offensichtlich die von Pierneef bevorzugte Region. Er hatte auch eine Vorliebe für Südwestafrika (heute Namibia), das damals von Südafrika verwaltet und als Teil desselben betrachtet wurde. Die zwei Tafeln zu Namibia zeigen Karibib und Okahandja, wichtige Zwischenstationen der Eisenbahnlinie zwischen Windhoek und Swakopmund. Eine Szene bezieht sich passenderweise auf *Stellenbosch*, sie zeigt die *Jonkershoek Farm* mit dem Wahrzeichen *Twin's Peak* im Hintergrund. *Karoo* ist für viele Pierneef-Aficionados ein Favorit. Die ruhigen Linien dieser Bauernhofszene lassen die absolute Stille erahnen, die oft mit dieser trockenen Region verbunden wird. Dieses nationale Kulturerbe, das im Eigentum der *Transnet Foundation* steht, wird im Rupert Museum seit 2006 gezeigt.

Das Museum zeigt derzeit auch eine Retrospektive von Gemälden, Zeichnungen und Drucken mit dem Titel *Albert Adams (1929-2006) – A Fractured History* (9. Juni bis 8. Oktober 2017). Adams bemerkenswertes, monumentales Triptychon *South Africa* (1959), das als sein „Guernica“ gilt, ist zusammen mit seinem schwarzen Christus *South Africa 1958-59 (Deposition)* zentral für diese Ausstellung. Adams bleibt eine wichtige Stimme in Südafrika und ist zugleich relevant für die Menschheit insgesamt, über Grenzen und seine Lebenszeit hinweg. Die Arbeiten, die aus öffentlichen und privaten Galerien ausgewählt wurden, spiegeln seine künstlerische Karriere wider und heben seinen Beitrag als

außerordentlicher Künstler und Humanist hervor. Geboren in Johannesburg ging Adams als Kind mit seiner Mutter nach Kapstadt. Nach Abschluß der *Livingstone High School* bewarb er sich an der *Michaelis School of Fine Art*, wurde aber seiner Hautfarbe wegen abgewiesen. Er arbeitete als Schaufensterdekorateur und ließ sich am *Hewat College* zum Lehrer ausbilden. Mit Unterstützung der *Cape Tercentenary Foundation* konnte er schließlich an der *Slade School of Fine Art* in London studieren, ein Stipendium ermöglichte ihm Teilnahme an Veranstaltungen der Universität München und an Meisterklassen von Oskar Kokoschka in Salzburg. Adams kehrte nach Kapstadt zurück und hatte vielbeachtete Ausstellungen, 1960 jedoch übersiedelte er nach

London. Angesichts seiner persönlichen Erfahrung als „gemischtrassiger“ Jugendlicher im Südafrika der Apartheid nimmt es nicht wunder, daß seine Selbstporträts – in seinem Werk immer wiederkehrend – eine betonte Dringlichkeit und vielschichtige Selbstreflexion erkennen lassen. Seine herausfordernde psychologische Kritik des Bösen in der Welt ist zusammengefaßt in der frühen *Ape series*, die er 2001 wiederaufnahm. Ein großer Teil seiner Werks befaßt sich mit der *conditio humana* und mit der Angst, Macht und Kontrolle, die wir uns gegenseitig antun. In seiner Serie *Prisoner and Celebration* zeigt Adams eine ungezügelter Annäherung an das Trauma von Desillusionierung und Marginalisierung. Adams war ein Modernist und Expressionist, aber spirituell und politisch der Gegenwart verbunden.

Die Ausstellungen der ständigen Sammlung rotieren, gelegentlich werden auch temporäre Schauen gezeigt. Dadurch kann das Museum auch regelmäßigen Besucher/innen Neues bieten. Die Region um Stellenbosch bietet vieles in Bezug auf Kultur und landschaftliche Schönheit – das Rupert Museum ist gleichwohl ein Muß für jeden Besuch des Western Cape in Südafrika.

*Robyn-Leigh Cedras ist Museumsexperte in Kapstadt, war u. a. am District Six Museum und an den Iziko-Museen tätig und ist jetzt Kurator und Administrator des Rupert Museum in Stellenbosch. Wir danken ihm für den Beitrag und dem Rupert Museum für die Überlassung der Abbildungen.*

# Von Tarkastad nach Mauthausen

René Noël Lescoute:

## Theologe, Partisan, KZ-Häftling

*Die von M-Media und der Elfriede Pekny-Gesellschaft gemeinsam präsentierte Studie über die afrikanischen Häftlinge von Mauthausen (INDABA 93/17) ist – bis Frankreich und Spanien – auf großes Medienecho gestoßen und fand sogar Eingang in den deutschsprachigen Wikipedia-Artikel über das KZ. Ein Rätsel gab zunächst die Tatsache auf, daß sich unter den Opfern auch ein junger Südafrikaner befand, der in Frankreich in die Fänge der Gestapo geraten war. INDABA hat weiterrecherchiert: Walter Sauer in Kapstadt zum familiären Hintergrund, Bernhard Bouzek in Wien zum politischen.*

Der Rückruf kam wenige Stunden nach meinem E-Mail. Ja, sie wären sehr interessiert an der Geschichte, so Lisa Isaacs, eine junge Redakteurin der *Cape Times*. Es wäre ja völlig unbekannt, daß sich auch ein Südafrikaner unter den Gefangenen im KZ Mauthausen befunden hätte. Ob ich gleich morgen um die Mittagszeit vorbeikommen könnte? Es wurde ein ausführliches, von gemeinsamer Betroffenheit geprägtes Interview im traditionsreichen Pressehaus im Stadtzentrum von Kapstadt (nur die Druckerei gibt es nicht mehr, statt ihrer ist ein Supermarkt in das Erdgeschoß eingezogen). Video und Text mit den wichtigsten Aussagen finden sich im Internet (<http://www.iol.co.za/capetimes/news/watch-finding-the-untraceable-8634703>), am 13. April erschien der Artikel mit der Bitte an allfällige Angehörige oder Bekannte von René Lescoute, sich zu melden: *Identify victim of the Nazis*.

Eigentlich wider Erwarten trafen schon wenige Tage später zwei Reaktionen ein. Ingrid Barnard hatte eher

durch Zufall den Beitrag in der Zeitung gelesen. Ein Schauer wäre ihr über den Rücken gelaufen, sagte sie am Telefon, ihre Mutter hätte doch öfter über einen Verwandten mütterlicherseits gesprochen, der in einem KZ in Österreich umgekommen sei. Bernard Monteverdi schrieb, Lescoute wäre



ein Cousin seines Vaters gewesen, und übermittelte uns eine „Attestation relative à l'activité dans la Résistance de René LESCOUTE et à sa captivité“, verfaßt von Georges Siguier, einem Mitgefangenen. Weitere Gespräche, Kontakte und Recherchen folgten – aufgrund derer wir nun ein kurzes Lebensbild des südafrikanischen NS-Opfers zeichnen können.

René Lescoute wurde am 25. Dezember, dem Weihnachtstag des Jahres 1920, im kleinen Ort Tarkastad in der östlichen Kapprovinz Südafrikas geboren und erhielt daher den Beinamen Noël. Seine Mutter war Lina de Jager, sie stammte möglicherweise aus Salt-river in Kapstadt. Offenbar gab es auch einen älteren Bruder namens David. „Tante Lina“, wie sie laut Ingrid Barnard in der Familientradition genannt wurde, war *coloured*, in der südafrikanischen Rassenhierarchie (die 1920 allerdings noch nicht so ausgeprägt war wie später) also ein Mensch zweiter Klasse. Linas Ehemann war Franzose: David Lescoute, ein Missionar der

*Société des missions évangéliques de Paris*, kurz *Mission de Paris* genannt, einer 1822 gegründeten Missionsvereinigung der reformierten Kirche Frankreichs. Lescoute wurde 1910 nach Südafrika geschickt, wo sich die Missionare aus Paris üblicherweise auf einen Einsatz im Inneren Afrikas vorbereiteten. Vielleicht hat er in Kapstadt seine Frau kennengelernt, und diese begleitete ihn dann auf die Reise nach Norden, wo er seine Tätigkeit ausüben sollte. Sein Bruder, der Großvater von Frau Barnard und ebenfalls Missionar, war z. B. in Livingstone im heutigen Zambia stationiert.

Den Kindern wollte man eine europäische Erziehung angedeihen lassen und schickte sie daher zu Verwandten nach Frankreich. So auch René Noël (über seinen Bruder David liegen uns keine weiteren Informationen vor). Im Studienjahr 1941/1942 – schon während des Zweiten Weltkrieges – war er an der Philosophischen Fakultät, 1942/1943 an der Evangelischen Theologischen Fakultät der Universität von Montpellier inskribiert. René Lescoute befand sich somit auf dem Territorium des mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich kollaborierenden Vichy-Regimes. Er verfaßte eine schriftliche Arbeit über das Verhältnis von Wille und Glaube, referierte über das Übernatürliche, studierte die Bibel oder die Auffassung von Kirche bei Calvin und predigte am 10. Mai 1942 über Vers 14,6 des Johannesevangeliums: „*Jesus sagte zu ihm: Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater außer durch mich.*“ Fotos zeigen ihn mit Kollegen seines Jahrgangs an der Fakultät oder freundlich lächelnd und ein bißchen melancholisch in einem Park in Montpellier. Bernard Monteverdi weiß von einer Verlobten, Marguerite Poncet.



René Lescoute (2. v. l., vorletzte Reihe) an der Theologischen Fakultät Montpellier

ab Mitte 1943, als die Achsenmächte in Nordafrika geschlagen waren und der Widerstand gegen die Zwangsarbeitspflicht für alle Männer in Vichy-Frankreich immer stärker wurde, faßten auch an der Universität von Montpellier Theologiestudenten den Entschluß, sich in den umliegenden Bergen als Partisanen ausbilden zu lassen. Im Juni 1943 war von Widerstandskämpfern nördlich von Montpellier, in Tréminis, einer Bergregion, die heute durch den Wintersportort Grenoble bekannt ist, ein Lager aus Holzfällerhütten errichtet worden. Diese, auf einer Seehöhe von 1350 m errichteten Barracken – genannt „Das Nest“ – sollten als Ausbildungsort für 30 bis 40 Mann einer aufzustellenden Partisaneneinheit der französischen Resistance dienen.

„Heute wird unser Glaube auf die Probe gestellt“ schrieb René Lescoute vor seinem Aufbruch in die Berge – vielleicht ein Anklang an die hugenottische Tradition seiner Kirche. Gemeinsam mit Studienkollegen bildet er ab dem Sommer 1943 die kleine Gruppe des „Camps der Theologen“ in den Wäldern von Tréminis. Eine Bäuerin aus dem

Ort beliefert sie mit selbstgebackenem Brot, für das auch bezahlt wurde. Zu dieser Zeit dürfte die Widerstandsgruppe weder über die Absicht noch über die militärische Ausrüstung für eine offensive Operation verfügt haben. Man wollte sich offenbar für die zu erwartende Landung alliierter Truppen in Frankreich bereithalten – eine Überlegung, die angesichts der am 13. Oktober 1943 begonnenen Rückeroberung der nahegelegenen Insel Korsika durch Truppen der „Freien Franzosen“ unter dem Oberbefehl von General Charles de Gaulle realistisch erschien.

Doch schon im Morgengrauen des 19. Oktober 1943 war eine Kolonne deutscher Soldaten mit französischen Helfern im Anmarsch auf das Camp; die Gruppe war verraten worden. Das erste Opfer, Jean Amigoni, ein gelernter Mechaniker und militanter Kommunist, erlitt einen tödlichen Kopfschuß. Die vier Theologiestudenten René Lescoute, George Siguier, Pierre Fabre und Joseph Laroche wurden samt anderen gefangengenommen und in Grenoble verhört. Lescoute wurde schwer gefoltert.

Seine weiteren Stationen als Häftling sind exakt datiert: Ende November 1943 wurden elf Gefangene auf einen Lastwagen der Gestapo in das Gefängnis Montluc in Lyon überstellt, wo ihnen von einem deutschen Militärtribunal der Prozeß gemacht wurde; neun von ihnen, darunter Lescouste und Siguier, wurden zum Tod verurteilt. Fünf wurden hingerichtet, die übrigen vier am 7. Jänner 1944 begnadigt – allerdings nur, um ins Transitlager Compiègne gebracht zu werden.

Lescouste wurde am 27. März 1944 von Compiègne in das berüchtigte GESTAPO-Lager „Neue Bremm“ in Saarbrücken überstellt, wo er am 28. März eintraf.

Schon sehr geschwächt von Mangelernährung und Zwangsarbeit transportierte man ihn schließlich am 22. April 1944 ins Konzentrationslager Mauthausen. Im Zugangsbuch des Lagers wurde er als Nummer „64135 (Cap de Bonne Esperance)“ erfaßt.

Nach Arbeitseinsätzen in Mauthausen selbst sowie im Außenlager Linz III starb René Noël Lescouste am 28. Jänner 1945 in Ebensee, einem Außenlager des KZ Mauthausen, in dem die Häftlinge unter unvorstellbaren Bedingungen Stollen und Kavernen für die unterirdische Produktion von Raketen ausheben mußten.

Wir danken Lisa Isaacs für die Ermöglichung des Interviews in der Cape Times sowie Ingrid Barnard, Bernard Monteverdi (beide Kapstadt), Daniel Lescouste (Orthevielle) und Marie-Christine Griffon vom Archiv der Fakultät für protestantischen Theologie in Montpellier, Montpellier für ihre wertvollen Informationen. Die eingangs erwähnte Studie über die (sog. französischen) Gefangenen im KZ Mauthausen afrikanischer Herkunft ist von der SADOCC-Website ([www.sadocc.at](http://www.sadocc.at)) unter „forschung“ abrufbar.

## ... bücher ...

Reinhart Köbller und Henning Melber, **Völkermord – und was dann? Die Politik deutsch-namibischer Vergangenheitsbewältigung.** Vorwort von Heidemarie Wieczorek-Zeul (Frankfurt am Main, Brandes & Apsel Verlag, 2017). 172 Seiten.

Im Jänner haben Vertreter der Herero und Nama stellvertretend für die Nachfahren von Opfern und Überlebenden des Völkermordes in „Deutsch-Südwestafrika“ in den Jahren 1904-1908 eine Sammelklage eingereicht. Ziel der Klage sind nicht nur Entschädigungszahlungen, es geht auch um die Mitsprache der Betroffenen bei den laufenden Verhandlungen zwischen der deutschen und der namibischen Regierung über Anerkennung des Völkermordes durch die Bundesrepublik und allfällige Entschädigungszahlungen an Namibia (INDABA 93/17). Die deutsche Politik hatte sich jahrzehntelang geweigert, jegliche Verantwortung für die Ereignisse im heutigen Namibia zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu übernehmen. Als diese Position nicht mehr haltbar war, kam es während der vergangenen Jahre zu Eingeständnissen von Vertretern der Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reichs. Eine offizielle Entschuldigung seitens der Bundesrepublik wie auch die Zahlung von Reparationsleistungen ohne Bedingungen ist indes bis heute ausständig. Aus den weiterhin stattfindenden Verhandlungen auf höchster Ebene sahen sich die Nachfahren der Opfer und Überlebenden zunehmend hinausgedrängt – dies ist der Hintergrund der derzeit verhandelten Klage. Doch gerade um die Einbindung der Nachfahren

von Opfern und Überlebenden muß es gehen, um irgendwann zu einem tragfähigen Ergebnis zu kommen, „das die zentralen Anliegen der Opfergruppen angemessen berücksichtigt und damit bei ihnen Legitimität genießen kann“, so die Autoren des vorliegenden Bandes. (93)

**Reinhart Köbller** und **Henning Melber** sind ausgewiesene Experten für das Thema. Sie haben mit zahlreichen Publikationen zur deutschen Kolonialgeschichte im heutigen Namibia wesentlich zum Wissensstand beigetragen und immer wieder Debattenbeiträge geliefert. Auch ihre jüngste Publikation verstehen sie als „Intervention“ in den Verhandlungs- und Diskussionsprozeß um die Anerkennung des Genozids durch die deutsche Politik. Erst seit 2015 wird in der Bundesrepublik offiziell von einem Völkermord gesprochen, und seither finden Verhandlungen darüber statt, was aus dieser Anerkennung nun folgt – auf diesen offenen Prozeß spielt der in seiner Verknappung etwas unglückliche Titel des Buches an.

Im Mittelpunkt des Bandes steht die Rekapitulation des Verhandlungsprozesses und der zentralen Konfliktlinien desselben. Einleitend fassen die Autoren den aktuellen Forschungsstand zum Völkermord in „Deutsch-Südwestafrika“ zusammen. Die „Intention der Vernichtung“ bei der Kriegsführung der deutschen „Schutztruppe“ unter General Lothar von Trotha gegen die Nama und Herero ist mittlerweile kaum mehr umstritten. Den Autoren geht es aber darum, auf die Nachwirkungen des Genozids bis in die Gegenwart aufmerksam zu machen. Sie weisen darauf hin, daß „die Folgen des deutschen Kolonialismus die Strukturen der namibischen Gesellschaft nachhaltig bis in die Gegenwart veränderten und daß nicht

zuletzt die demographische Zusammensetzung der Bevölkerung ohne die Auswirkungen der genozidalen Kriegsführung heute anders wäre.“ Diese „durch die Gewaltverhältnisse geschaffenen Fakten“ seien zwar irreversibel, jedoch gelte es, „diese im Sinne einer Völkerverständigung handlungsanleitend bewußt zu machen“, so die Autoren. (12)

Dabei jedoch versagte die deutsche Politik, indem sich deren Vertreter zunächst jahrzehntelang weigerten, jegliche Verantwortung zu übernehmen und bis heute eine offizielle Entschuldigung verweigern. Genau hier liegt nach Ansicht der Autoren aber der entscheidende Punkt. Denn immerhin sind die Verhandlungen hinsichtlich materieller Leistungen der Bundesrepublik bereits relativ weit gediehen – zuletzt war etwa von der Einrichtung einer Stiftung die Rede. „Von der materiellen Substanz her wären diese Vorstellungen der deutschen Diplomatie durchaus mit den Erwartungen der Opfergruppen zu vereinbaren“, so **Köblier** und **Melber**. Es gehe aber darüber hinaus „um den Ausdruck des Bedauerns und der Verantwortung von deutscher Seite, die in solchen Transfers Gestalt annehmen und dementsprechend als ‚Reparationen‘ bezeichnet werden.“ (120)

Simon Loidl

**Kirsten Rüter, Afrika genauer betrachtet. Perspektiven aus einem Kontinent im Umbruch** (Wien, Edition Konturen, 2017). 207 S.

Von Religion und Migration über Gesundheit und Jugendkultur bis hin zu Fotografie und Mode berichtet **Kirsten Rüter** in vierzehn Kapiteln über das gesellschaftliche Alltagsleben der Bewohner/Innen des afrikanischen Kontinents sowie politische und kulturgeschichtliche Aspekte,

die dieses prägten. Im Vordergrund stehen die Individuen Afrikas, ihre Erfahrungen und Sichtweisen sowie ihre gesellschaftlichen Entwicklungen. Die Autorin verbindet Geschichte und Gegenwart und nähert sich einer breiten Palette an Themen durch eine allgemeine Betrachtungsweise.

So schreibt sie von den frühen Handelsbeziehungen bis hin zum heutigen Ladenverkauf von Konsumgütern und den Werbeplakaten für Bier und Smartphones. Sie schildert von der Stadt Kumansi in Ghana, wo sich junge Menschen zum Valentinstag treffen und durchwegs in rot gekleidet sind.

Sie betont die Wichtigkeit von Afrikanern und Afrikanerinnen als handelnde Akteure und nicht als Opfer. Einheimische waren die Protagonisten in Zeiten des Wandels und der Veränderung. Während wir Bilder von Afrika, fotografiert von europäischen Reisenden, Kolonialbeamten oder Missionaren in Museen und Archiven finden, macht die Autorin darauf aufmerksam, daß auch Einheimische die Kolonialzeit oder die Jahre der Apartheid und die Zeiten der Unabhängigkeiten fotografisch festhielten. Sie nutzten dokumentarische Fotografie zum politischen Zweck. In den 1950er Jahren waren Fotos ein wichtiges Mittel, um gegen das Regime der Apartheid zu kämpfen. Doch Südafrika war hier nicht nur Schauplatz eines unmenschlichen Regimes, sondern ebenso von kultureller Entfaltung: Neue Musikstile entwickelten sich, Miriam Makeba wurde eine Ikone der Weltmusik, und die populäre südafrikanische Film- und Musikindustrie fand einen Aufschwung.

**Kirsten Rüter** unterrichtet am Institut für Afrikawissenschaften der Universität Wien und ist Mitglied des Beirats von SADOCC. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf Afrikas neue Positionierung als eines Kontinents des

Umbruchs und des Wandels, „... denn was in Afrika zählt, sind in der Tat die Veränderungen, nicht der Stillstand. Es sind die Begegnungen, aus denen immer wieder neue Sichtweisen resultieren.“ (S. 9)

Das Buch weist keine Chronologie auf, die Kapitel können selektiv gelesen werden, was zum Schmökern einlädt. Zielgruppe ist jedermann, denn der Leser kann sich mit den dargebotenen Szenen aus dem alltäglichen Leben identifizieren. Der Autorin gelingt es jedenfalls, eine neue Betrachtungsweise auf den afrikanischen Kontinent zu lenken – auf die der Normalität und der Perspektive der Einheimischen. Sie ruft zum Umdenken auf, denn es ist höchste Zeit, unseren Nachbarkontinent differenzierter zu betrachten. Öffentliche Diskussionen sollen die positiven Veränderungen in Afrika in den Mittelpunkt stellen, sodaß unser Bild von Afrika nicht nur von Hunger, Armut, Krieg und Katastrophen geprägt ist. Sie möchte wachrütteln und das Interesse der LeserInnen wecken mehr über Afrika und seine Menschen zu erfahren, denn „... vor Ort zu sein, ist unersetzlich.“ (S. 9). Probieren Sie es aus – vielleicht ist eine Reise nach Afrika auch für Sie der Beginn einer großen Leidenschaft, deren Bann Sie nicht mehr entkommen können!

Kerstin Lahr

→ Fortsetzung von Seite 19

spielung auf Martin Luthers Kritik am Ablaßhandel: „Erlösung kann nicht für Geld angeboten werden“ und: „Die Kirchen werden aufgefordert, ökonomischen und politischen Ideologien zu widerstehen, welche die Gaben des menschlichen Lebens zur Ware machen wollen“.



# Impressionen aus Kapstadt / Masiphumelele



von Walter Sauer

Österreichische Post AG  
Info.Mail Entgelt bezahlt

Verlagsadresse:  
A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1

**Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1**



## Entdecke exotische Destinationen mit Ethiopian Airlines



- Antananarivo € 636
- Durban ab € 575
- Gaborone ab € 562
- Harare ab € 599
- Johannesburg ab € 515
- Kapstadt ab € 515
- Luanda ab € 559
- Lusaka ab € 599
- Maputo ab € 597
- Windhoek ab € 593



A STAR ALLIANCE MEMBER 